

Ministerien-Check

des Momentum Instituts.



Der Machtindex der neuen Regierung

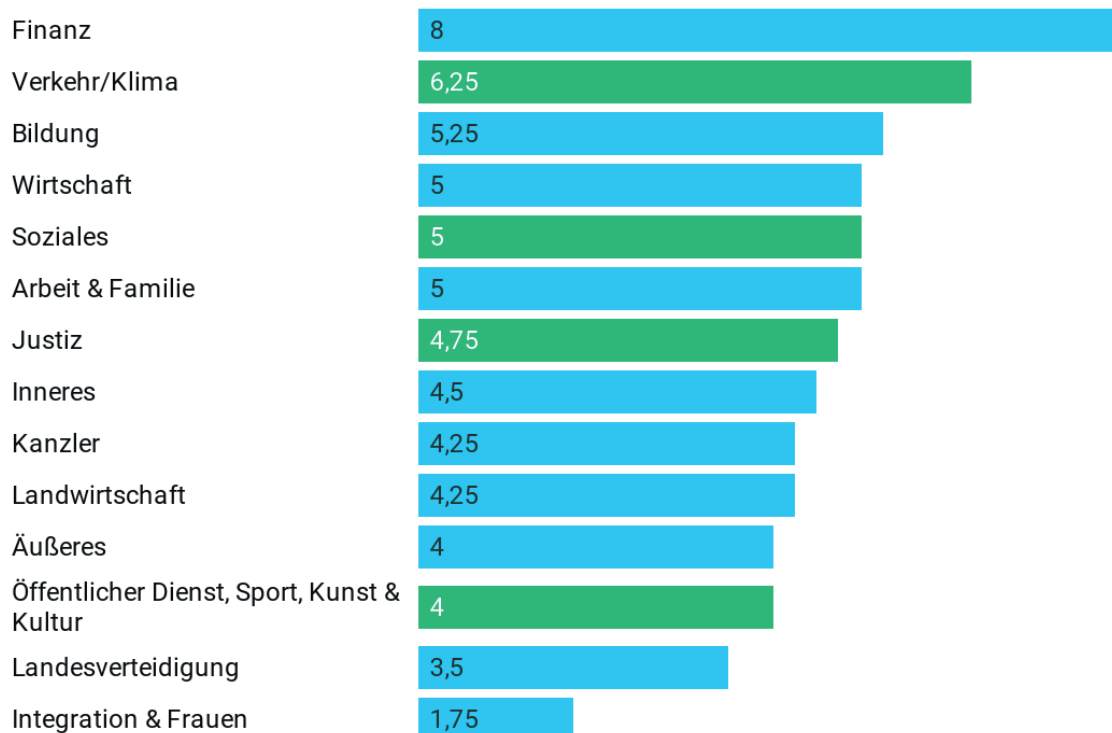
//IOMENTUM
/NSTITUT

/ MINISTERIEN-CHECK

Wie mächtig sind die Ministerinnen und Minister?

Die Ressortverteilung der neuen Regierung ist so gut wie fix: Wer konnte sich in den Verhandlungen Macht, Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten sichern? Wie mächtig sind die jeweiligen Ressorts in türkiser oder grüner Hand? Und: Spiegelt sich die Wählerstimmenverteilung im Verhandlungsergebnis wider? Eine Analyse der Machtverhältnisse der neuen Regierung in fünf Grafiken.

Ministerien-Check: Wie mächtig sind die Ministerien?



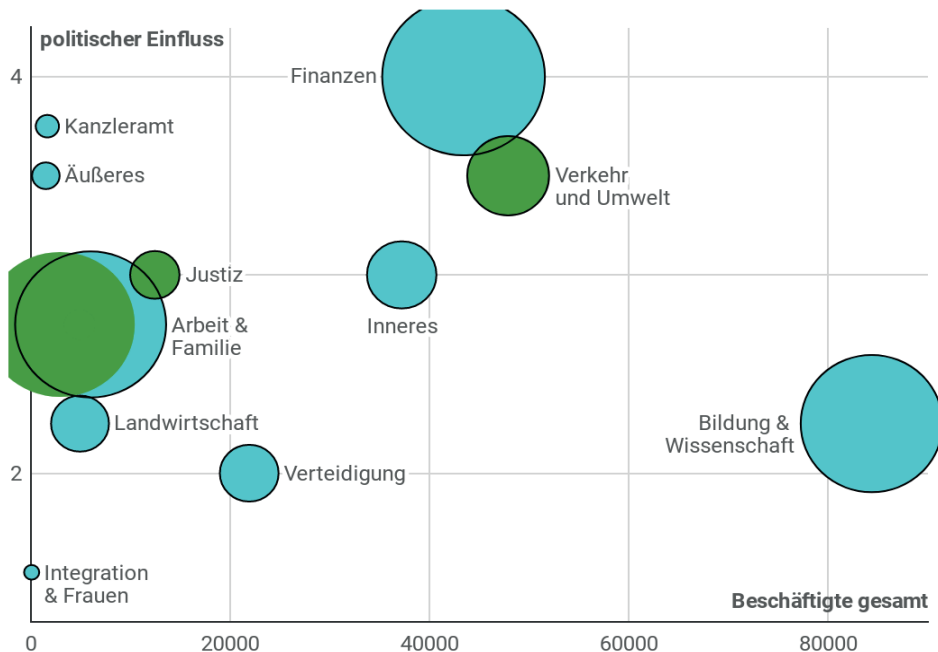
Die politische Macht und der Einfluss der jeweiligen Ressorts setzen sich aus unterschiedlichen Faktoren zusammen. Dabei spielen augenscheinliche Unterschiede nicht immer eine Rolle. Die Höhe des Ressortbudgets sagt noch nichts über den tatsächlichen Gestaltungsspielraum aus: So hat der Bildungsminister formal zwar ein riesiges Budget, real sind aber weit über 90 Prozent durch Lehrergehälter oder Mieten gebunden.

Der Relevanz-Score der Ressorts setzt sich zusammen aus den Faktoren: Gestaltungsspielraum

bei der Budgetverwendung, MitarbeiterInnenzahl (inklusive ausgegliederter Einheiten), öffentliche Aufmerksamkeit, Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen, dem europapolitischen Einfluss und den zugeordnete Rechtsmaterien des jeweiligen Ressorts. Mit dem Score 6,25 ist Leonore Gewessler die einflussreichste Ministerin der Grünen, vor ihr landet mit Score 8 nur Gernot Blümel, der Chef des Finanzministeriums. Klaren Symbolcharakter hat hingegen die Schaffung eines Integrationsministeriums mit einem Score von nur 1,75.

Ministerien-Check des Momentum Instituts

Wie mächtig sind die neu gebildeten Ministerien in türkiser und grüner Hand?



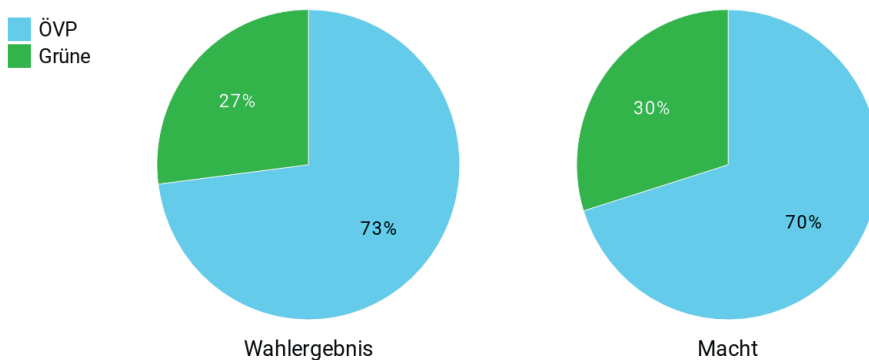
Größe der Kreise nach verantwortetem Ressortbudget. Politischer Einfluss: Score aus politischer Sichtbarkeit, Freiheit in der Budgetverwendung und Einfluss auf EU-Ebene. MitarbeiterInnenzahl und Budget inklusive Ausgliederungen.

Grafik: Momentum Institut • Erstellt mit Datawrapper

Im Ministerien-Check des Momentum Instituts haben wir die Zahl der MitarbeiterInnen, die Größe des Budgets (hier als Größe der Kreise) und den politischen Einfluss in einer Darstellung zusammengefasst. Der politische Einfluss bildet dabei die “weichen” Faktoren ab, die die Macht eines Ministeriums unabhängig von Budget und Personal zeigen: politische Sichtbarkeit, Beliebtheit, EU-Relevanz, legislative Kompetenz etc.

Ministerien-Check: Index der Macht

Mit 27% Kraftverhältnis durch das Wahlergebnis haben sich die Grünen 31% der in den Ministerien gebündelten Macht gesichert.

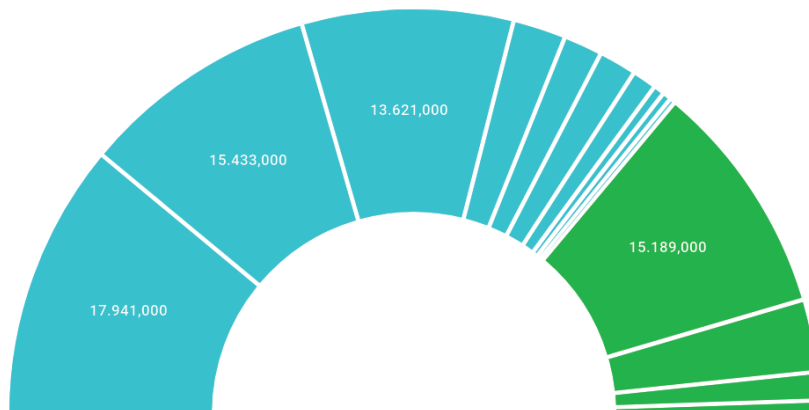


Gemessen am Stimmverhältnis der vergangenen Nationalratswahl zeigt sich, dass sich dieses Kräfteverhältnis weitgehend auch in der Koalition abbildet. Mit einem Stimmverhältnis zwischen Grünen und ÖVP von 27 zu 73 Prozent laut Wahlergebnis, konnten sich die Grünen als Juniorpartner in der Regierung 32 Prozent des mit den Ministerien verbundenen Einflusses sichern.

Ministerien-Check: Wer kontrolliert wie viel Budget?



■ Finanzen ■ Arbeit und Familie ■ Bildung und Wissenschaft ■ Inneres ■ Verteidigung ■ Landwirtschaft ■ Wirtschaft ■ Äußeres
■ Kanzleramt ■ Integration und Frauen ■ Soziales & Gesundheit ■ Verkehr & Umwelt ■ Justiz
■ Öffentlicher Dienst, Sport, Kunst und Kultur



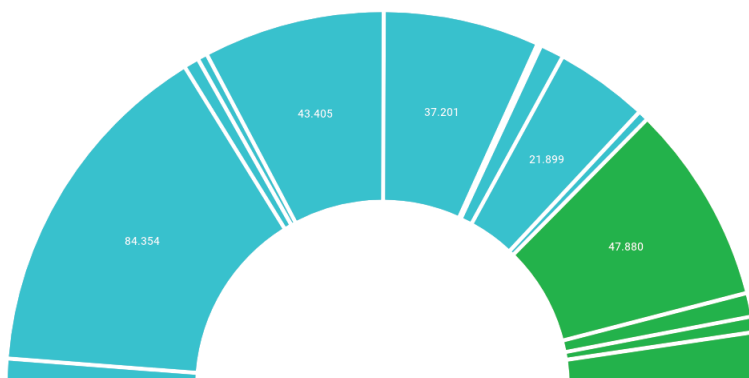
made with 23° | reuse

Momentum Institut

Ministerien-Check: wer kontrolliert wie viel Personal?



■ Arbeit & Familie ■ Bildung & Wissenschaft ■ Wirtschaft ■ Äußeres ■ Finanzen ■ Inneres ■ Integration & Frauen ■ Landwirtschaft ■ Verteidigung
■ Kanzleramt ■ Verkehr und Umwelt ■ Öffentlicher Dienst, Sport, Kunst und Kultur ■ Soziales und Gesundheit ■ Justiz



made with 23° | reuse

Momentum Institut

/ BKA Bundeskanzleramt

Bundeskanzler: Sebastian Kurz (ÖVP)

Kanzleramtsministerin: Karoline Edtstadler (ÖVP)

Integrations- und Frauenministerin: Sabine Raab (ÖVP)



Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 311 Mio.	0
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Gering	0
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 702	0,25
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 945	0,25
Ausgegliederte/Nachgelagerte Einheiten	Einfluss auf Spitzenpersonal und strategische Ausrichtung (Statistik Austria, KommAustria)	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Sehr hoch	1
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, letzte 10 Jahre): +7,7	1
Einfluss in der EU	Zentrale Koordinierungsfunktion, Mitglied des Europäischen Rats	1
Zugeordnete Rechtsmaterien	ORF-Gesetz, Bundesstatistikgesetz	0,25
Relevanz-Score	Summe der Punkte	4,25

Als Chef der neuen Regierung ist Sebastian Kurz der Mann, der gemeinsam mit Vizekanzler Kogler das letzte Wort in allen wesentlichen Fragen hat. Als Kanzler trägt er die Gesamtverantwortung für die Regierung, die auf seinen Vorschlag hin von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angeht. An sich hat Sebastian Kurz kein Weisungsrecht über die anderen Minister, die selbstständig ihre Ministerverantwortung ausüben. Er besitzt allerdings eine in der Verfassung festgeschriebene Koordinationskompetenz, mit der das Kanzleramt über „Spiegel“-Referenten auf Beamten- als auch auf Kabinettssebene zu jedem Ministerium verfügt. Zusätzlich ist der Bundeskanzler Österreichs auch der Hauptvertreter des Landes in Brüssel bei den EU-Institutionen. In dieser Funktion unterstützt ihn Karoline Edtstadler als Kanzleramtsministerin mit der Zuständigkeit für die Europaagenden mit Zuständigkeit für die zwei sogenannten COREPER-Räte, in denen Entscheidungen des Europäischen Rats auf Botschafter- bzw. Beamtenebene vorbereitet werden.

Das ORF-Gesetz und die formal weisungsfreie Kommunikationsbehörde Austria sind dem BKA zugeordnet. Die KommAustria reguliert die Medien-

landschaft, vergibt Rundfunklizenzen, beaufsichtigt private Medienunternehmen, und vergibt die Presseförderung. Hilfreich für den Kanzler sind auch gleich vier äußerst gut ausgestattete Dienststellen zu Medienanalyse, Medienbetreuung, Digitale Kommunikation, und Informationsinitiativen mit vielen MitarbeiterInnen, die versuchen das Image des Kanzlers und ÖVP-Chefs zu steuern. Das Budget für Zeitungsinserate wird nach einer Reduktion durch die Regierung Bierlein gerade im BKA wohl wieder stark erhöht werden. In der eigentlich unabhängigen Statistik Austria (721 Beschäftigte, EUR 57,2 Mio. Budget) als bedeutendster Ausgliederung, die dem BKA unterstellt ist, wurde noch 2019 der Generaldirektor Konrad Pesendorfer nicht wiederbestellt, wohl um die „Message Control“ auch auf das Statistikamt auszuweiten. Der Verfassungsdienst wandert vom Justizministerium zurück ins BKA.

Als Ministerium selbst betrachtet ist das BKA trotz allem kein Schwergewicht, sondern eher im Mittelfeld anzusiedeln. Seine Macht bekommt durch den politischen Einfluss des Kanzlers selbst und die Doppelfunktion als Parteichef, der formal weisungsfreie Minister auf Linie hält.

/ BMEIA Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Minister: Alexander Schallenberg (ÖVP)



Das Außenministerium verfügt über ein vergleichsweise kleines Budget. Ungefähr ein Drittel davon sind für die Botschaften u.Ä. budgetiert, deren Fixkosten hoch sind, rund die Hälfte geht an „außen- und integrationspolitische Maßnahmen“. Die bestehen aus 80% gebundenen Zuwendungen an die Austrian Development Agency sowie an die UN und die OECD, wobei es hier Koordinationsbedarf mit dem Bundeskanzleramt (und dessen EU-Koordinationsstelle) sowie dem Wirtschaftsministerium (und dessen Sektion für die EU und internationale Marktstrategien) gibt. Durch die Ernennung von Botschaftern und die Vertretung Österreichs in der gemeinsamen Außenpolitik der EU kommt dem Minister eine wichtige Rolle auf diesen Ebenen zu. Für positive

Publicity könnten Auslandsreisen mit Fotostrecken in Boulevardmedien und Fernsehen sorgen. Weil sich der Außenminister nicht in koalitionsinterne Konflikte, die aus nationalen tagespolitischen Debatten resultieren, einmischen muss, haben die ÖsterreicherInnen zumeist eine positive Meinung vom Amtsinhaber dieses Ministeriums. Das Thema Integration wandert in das neu gebildete Integrationsministerium, das im Bundeskanzleramt angesiedelt wird.

Die Gestaltungsfreiheit von Schallenberg ist, der budget- als auch machtpolitischen Logik folgend, gering. Der neue Außenminister wird wohl in der zweiten Reihe wirken, der Kanzler absolviert medienwirksame Auslandsreisen schließlich persönlich.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 458 Mio.	0
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Gering	0
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 1.299	0,5
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 196	0
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Besetzung von Botschafterposten, Austrian Development Agency, Dipl. Akademie	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	0,75
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): 16,6	1
Einfluss in der EU	Sitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten & Allgemeine Angelegenheiten	1
Zugeordnete Rechtsmaterien	Entwicklungszusammenarbeitsgesetz	0
Relevanz-Score	Summe der Punkte	4

/BMVIT Bundesministerium für Klima, Umwelt, Energie, Infrastruktur und Verkehr

Ministerin: **Leonore Gewessler (Grüne)**, Staatssekretär **Magnus Brunner (ÖVP)**



Die neue grüne „Super“-Ministerin hat einige der für effektiven Klimaschutz notwendigen Schalthebel in ihrem Ministerium in der Hand. Das Ministerium übernimmt zweifelsfrei eine Schlüsselrolle in der Ausgestaltung der zukünftigen Entwicklung des Landes.

Nicht nur das ministerielle Budget, das Gewessler nun zur Verfügung steht, ist das fünftgrößte aller Ministerien. Neben dem Finanzministerium ist das Infrastrukturministerium auch die größte Beteiligungsagentur der Republik. Die ausgegliederten Einheiten ÖBB, Asfinag, etc., die zuständig für die Errichtung und Instandhaltung des Verkehrsnetzes sind, gelten als finanzpolitische Schwergewichte und große Arbeitgeber in Österreich. Daraus resultiert politische Macht. Das meiste der budgetierten Auszahlungen fließt an die Sektionen Infrastrukturplanung und Verkehr, die eigentlichen Machtzentren des Ministeriums. Dabei sind die Mittel in Infrastrukturprojekten zwar langfristig gebunden, weil Investitionen über Jahre bis Jahrzehnte geplant werden. Spielräume können trotzdem durch das Verschieben mancher Projekte genutzt werden.

Vom Landwirtschaftsministerium bekommt Gewessler die Sektion Umwelt, Energie, Klima. In der für die Grünen entscheidenden Umweltpolitik kontrolliert sie nachgelagerte Einheiten wie das Umweltbundesamt und erstellt den jährlichen Klimaplan, der an die EU gemeldet werden muss. Potenzielle Klima-Strafzahlungen an die EU könnten in

Zukunft zum Streitpunkt für die Koalition werden, den Gewessler mit dem Finanzminister ausfechten muss. Wichtiger für die konkrete Erreichung der Klimaziele ist aber der Energiebereich. Für notwendige Gesetzesänderungen braucht es die Stimmen der ÖVP, die Expertise aus dem Ministerium steht Gewessler voll zur Verfügung. Spannend wird sein, welchen Aufgabenbereich der türkise Staatssekretär Magnus Brunner bekommen wird. Das könnte die konkrete Macht von Gewessler einschränken, wenn sie auch formal die Ministerverantwortung für das Ressort trägt.

Die Forschung ist ein weiterer Bereich, der mit einer Summe von 400 Millionen über relativ hohe ungebundene Mittel verfügt. Die Wissensgewinnung des BMVIT ist der angewandten Forschung zuzuteilen und daher sehr stark an die Industrie angelehnt. Damit ergeben sich auch Verflechtungen mit dem Wirtschaftsministerium, die sich z.B. indirekt durch die beiderseitige Eigentümerschaft über das Austria Wirtschaftsservice (aws) und der Forschungsförderungsgesellschaft manifestieren.

Die Ex-Global-2000-Chefin besetzt nun also einen eindeutigen Hebel der Macht, begleitet mit dem bodenständigen Image des Verkehrsministers. Trotzdem wird für große Zukunftsprojekte die Zustimmung vieler verschiedener Mitspieler, darunter auch der Finanzminister, gebraucht.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 4,5 Mrd.	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Hoch	1
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 984	0,25
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 46.896	1
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Besetzung von Vorstandsposten (ASFINAG, ÖBB, Austro Control, Via Donau)	1
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	1
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): -2,9	0
Einfluss in der EU	Verkehrs- und Energieministerrat	0,75
Zugeordnete Rechtsmaterien	ASFINAG-Gesetz, Bundesbahngesetz, Gesetze zu Energie (Ökostrom, Elektrizitätswirtschaft, Gaswirtschaft)	0,75
Relevanz-Score	Summe der Punkte	6,25

/ BMBWF Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Minister: Heinz Faßmann (ÖVP)



Erneut übernimmt wohl Heinz Faßmann das Bildungs- und Wissenschaftsministerium und damit einen der am meisten in der Öffentlichkeit diskutierten Aufgabenbereiche. Gleichzeitig steht er vor einer Menge ungelöster Probleme – die PISA-Studienergebnisse sind schlecht, SchülerInnen werden sehr früh selektiert, auch an der Abhängigkeit des Bildungsministers vom Finanzminister wird sich aufgrund der chronischen Unterdotierung des Ministeriums nicht viel ändern.

Die Bildung unserer Kinder ist „der Stoff, aus dem die Zukunft sein wird“ heißt es, weswegen sich das Bildungsministerium mit der Mitsprache vieler Interessengruppen (Länder, Eltern, Lehrer, Schüler, Wirtschaft) konfrontiert sieht. Obwohl die zugewiesenen jährlichen Mittel eine der höchsten sind (EUR 13,6 Mrd., die vierthöchsten nach dem Sozial- und Finanzministerium), bleibt nur wenig finanzieller Spielraum für den neuen Bildungsminister übrig: Über 90% sind für Lehrergehälter, Raummieten und Betriebskosten fix verplant. Zudem ist die Zersplitterung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern mehrfach problematisch. Zusätzlich ist Geduld gefragt: Die Ergebnisse von Reformen im Schulwesen werden erst nach längerer

Zeit sichtbar. Mit Ergebnissen der eigenen Arbeit kann man in der aktuellen Legislaturperiode daher nur schlecht argumentieren, während Scharmützel mit Lehrgewerkschaft, Eltern und SchülerInnen im Zuge jeder Reform sofort sichtbar werden.

Weitere Aufgaben warten auf Heinz Faßmann in der Wissenschaft und Forschung, denen die Universitäten und die Grundlagenforschung zugeteilt sind. Das meiste verfügbare Geld wird an Universitäten und Fachhochschulen (>80%) ausbezahlt. Das Budget für Forschung und Entwicklung ist nur ein Bruchteil davon (ca. EUR 530 Mio.), aber auch davon ist viel durch Leistungsvereinbarungen oder Budgetpfade langfristig gebunden. Uni-Räte und Direktoren sind Posten, bei deren Besetzung man als Minister Einfluss nehmen könnte. Für die nächsten Jahre stehen hier aber wenige Ablösungen an.

Das heißt, dass Faßmann zwar über viel Geld, aber tatsächlich kaum Gestaltungsfreiheit verfügt. Dazu kommt, dass die Bildung ein emotionales Thema ist, das öffentlich diskutiert wird und der Minister in eine dauerhafte Debatte verwickelt ist.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 13,6 Mrd.	1
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Sehr gering	0
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 45.961	1
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 38.393	1
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Bestellung der Direktoren (mit Ländern) und Universitätsräte	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	0,75
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): -2	0
Einfluss in der EU	Bildungsministerrat	0,25
Zugeordnete Rechtsmaterien	Hochschulgesetz, Schulunterrichtsgesetz, Privatschulen, Päd. Hochschulen, Fachhochschulstudiengesetz, etc..	0,5
Relevanz-Score	Summe der Punkte	5,25

/ BMDW Bundesministerium für Wirtschaft

Ministerin: **Margarete Schramböck (ÖVP)**



Das Ministerium verfügt über ausgedehnte, nicht immer kohärent erscheinende Kompetenzen. Klassische nationale bzw. europäische Aufgabengebiete betreffen legislativ das Wettbewerbs-, Beihilfen, und Gewerberecht, die technische Normensetzung, die Digitalisierung, aber auch die Unternehmensansiedlung. Außenwirtschaftlich reicht das Spektrum von der Vertretung Österreichs bei internationalen Organisationen im Wirtschaftsbereich (WTO, OECD, EU), der Formulierung der Außenwirtschaftspolitik im Rahmen der EU etwa bei Freihandelsabkommen bis hin zu Außenwirtschafts- und Investitionskontrollen (z.B. Waffen). Ein Teil des Ressorts ist für die Hälfte der angewandten Forschung der Republik (FFG) zuständig. Weniger als Kernbereich eines Wirtschaftsressort, ist es dennoch für das gesamte E-Government der Republik federführend zuständig. Das Ministerium verwaltet zudem noch einige Bundesimmobilien und kulturelle Orte (z.B. Schloss Schönbrunn sowie Teile der Hofburg).

Über 60% der Auszahlungen, die für das Wirtschaftsressort budgetiert sind, fallen in Form von „Transferzahlungen an die Wirtschaft“ an. Geld, das am flexibelsten für Projekte zur Verfügung steht. Somit hat das Wirtschaftsministerium einen der größten finanziellen Handlungsspielräume, wenn auch die absoluten Mittel (EUR 760 Mio.) im Vergleich zu anderen Ressorts auf den ersten Blick geringer erscheinen. Gemeinsam mit dem zukünftig grünen Verkehrs- und Infrastrukturministerium

vergibt das Wirtschaftsministerium zudem mittels der FFG die angewandte (unternehmensnahe) Forschungsförderung der Republik. Diese dürfte sich in Zukunft stärker an Klimaschutzkriterien orientieren. Spürbare Einschnitte bei angestammten Profiteuren könnten in diesem Bereich aber bei der ÖVP für Unruhe sorgen, mit der sich die Wirtschaftsministerin herumschlagen müsste. Prinzipiell ist auch das Anlagenrecht (Klimaschutzkriterien bei großen Industrieanlagen) ein weiterer Hebel, bei dem der Koalitionspartner Druck für strengere Regeln macht, gegen die die Industrie opponieren könnte.

Die Beteiligung an Verhandlungen über EU-Außenhandelsabkommen mit Drittstaaten sind ein Herzstück des Wirtschaftsministeriums, und potenziell Konfliktpunkt zwischen Grün und Türkis, da in der Legislaturperiode die Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit der südamerikanischen Freihandelszone MERCOSUR anstehen könnte.

Obwohl äußerst relevant für den Unternehmenssektor, ist die Wirtschaftsministerin zumeist bei den WählerInnen nicht sehr bekannt. Das Ressort ist somit eher im Hintergrund für bedeutende „Player“ (Wirtschaftsbund, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer) wichtig, bei dem es eher um Realpolitik (Wer bekommt Förderungen?) statt um die für Wahlen oft bedeutendere Symbolpolitik geht.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 1,34 Mrd.	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Hoch	1
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 2.091	0,5
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 708	0,25
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Besetzung von Führungspersonal in Austrian Business Agency und Schloss Schönbrunn, gemeinsam mit Verkehrsministerium in AWS und FFG	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	0,5
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): 8,9	1
Einfluss in der EU	Wirtschaftsministerrat	0,25
Zugeordnete Rechtsmaterien	Wettbewerbsgesetz, Gewerberecht, Wohngemeinnützigkeitsgesetz, Ausbildungsordnungen	0,5
Relevanz-Score	Summe der Punkte	5

/ BMSGK Bundesministerium für Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

Minister: Rudi Anschober (Grüne)



Der neue Sozialminister Rudi Anschober verwaltet mit den Sozialausgaben des Bundes (Pensionen, Pflege, Gesundheit, usw.) das drittgrößte Budget eines Ministeriums. Das Sozialministerium bleibt auch ein inhaltliches Schwergewicht der Republik. Im Vergleich zu seiner „alten“ Zusammensetzung wurde es jedoch verkleinert, weil es die Agenden Arbeitsmarkt inklusive AMS sowie das Arbeitsrecht (wie schon unter Schwarz-Blau I) abgeben musste.

Das meiste Geld im Ressort ist zweckgebunden bzw. funktionsgebunden als Durchlaufposten (etwa die Auszahlung der Pensionen). Mit dem Verlust des Bereichs Arbeit gibt es nun weniger frei verfügbaren Budgetspielraum, den der Minister auch für eigens aufgesetzte Projekte nutzen kann. Trotz der vielen Risiken bietet das Sozialministerium aber auch entsprechende Chancen bei einer aktiven Ressortführung. Der Grundkonsens des Sozialstaates ist in der österreichischen Wählerschaft intakt, weshalb sich ein Sozialminister selbst gegen den Willen des Koalitionspartners mit Hilfe der Öffentlichkeit durchsetzen kann (Ein Beispiel aus der Vergangenheit: Abschaffung des Pflegeregresses). Die Kernkompetenz eines Sozialministers ist aber auch der Kompromiss und die Einbindung vieler Stakeholder wie Sozialversicherungen, Gewerkschaft, Kammern, und Länder, sowie das „Spiegelressort“ Wirtschaftsministerium.

Große Brocken in der nächsten Legislaturperiode werden die Vorbereitung auf den demographischen Wandel der Gesellschaft. Der ist zwar staatlich durchaus finanzierbar, verlangt aber entsprechende Gesetzesbeschlüsse und die Organisation sozialer Infrastruktur. Vor allem das Thema Pflegefinanzierung sowie die Organisation der entsprechenden Pflege- und Betreuungseinrichtungen ist eine ungelöste Baustelle.

Als Gesundheitsminister muss er die steigende Zahl von Wahlärzten bei gleichzeitigem Mangel an Kassenärzten im ländlichen Raum unter Kontrolle bringen, wiewohl die Gestaltungsmacht dafür größtenteils fehlt. In diesem Bereich reden selbstverwaltete Sozialversicherungen, Länder (Spitäler), und mächtige Stakeholder wie die Ärztekammer gewichtige Worte mit. Die Möglichkeit zur Selbstdarstellung generiert der Bereich aber mit Themen der persönlichen Gesundheit (in der Vergangenheit: Mutter-Kind Pass, Impfpflichten, usw.). Der sehr kleine Bereich Konsumentenschutz im Ministerium, der u.a. den Verein für Konsumenteninformation (VKI) mitfinanziert, läuft zumeist unter ferner liefen, kann von einem geschickten Minister genutzt werden, um als Anwalt der KonsumentInnen aufzutreten.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 15,19 Mrd.	1
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Gering	0,25
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 1.452	0,5
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 1.447	0,5
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Besetzung von AGES, Gesundheit Österreich GmbH, Behindertenanwalt	0,25
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	0,75
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): 1,8	0,5
Einfluss in der EU	Sozialministerrat	0,25
Zugeordnete Rechtsmaterien	ASVG und andere, Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz, Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, Sozialversicherungsgesetz, Bundespflegegeldgesetz, Bundesbehindertengesetz	1
Relevanz-Score	Summe der Punkte	5

/ BMNT Bundesministerium für Landwirtschaft und Tourismus

Ministerin: Elisabeth Köstinger (ÖVP)



Auch ins Landwirtschaftsministerium zieht wieder eine alte Bekannte ein: Elisabeth Köstinger. Ein Kernbereich für den Klimaschutz bleibt somit in der ÖVP, auch wenn die Umweltagenden an das grüne Verkehrsministerium abgegeben werden mussten. Den Grünen wiederum tut der Verbleib der Landwirtschaft bei Türkis weh, weil das neben dem Finanzministerium das zweite äußerst klimarelevante Ministerium ist, das sie nicht unter Kontrolle haben.

Zum einen wird es gelten, in der Landwirtschaft und dem Tourismus einen Mittelweg zu finden, wie ökologisch verträgliche Landwirtschaft verfolgt und dabei das Erhalten der heimischen Landwirtschaft gesichert werden kann. Zum Teil fungiert das Ministerium nur als Durchlaufposten für Fördermittel im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und der Agrarmarkt Austria (AMA). Ein Großteil (>80%) der budgetierten Auszahlungen (2,2 Mrd.) dieses Ressorts gehen an die Bereiche Landwirtschaft, ländliche Entwicklung sowie Marktordnungsmaßnahmen und Fischerei. Am

anderen Ende dieser Zahlungen steht die sozialpartnerschaftlich verwaltete AMA und mit ihr die mächtige Gruppe der Bauern, die die Fortführung dieser Transfers einfordert. Die nicht unerheblichen Mittel, die im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) verteilt werden, fließen zu 95% direkt an die Bauern, obwohl bis zu 20% der Fördergelder für soziale und ländliche Entwicklung ausgegeben werden dürfen. Das wird unter Köstinger wohl weiter so bleiben.

Ein Streitpunkt in den Koalitionsverhandlungen ist die Wasserwirtschaft. Sie verbleibt bei der Landwirtschaft. Ein großer Brocken im Budget ist die gesetzlich geregelte und damit gebundene Investitionsförderung der Siedlungswasserwirtschaft, die Wasseranschlüsse in den Kommunen unterstützt. Die Koordination der Raumordnung bleibt ebenfalls im Ministerium, ist aber ohnehin wenig bedeutend, weil die Gesetzgebungskompetenz dafür bei den Ländern liegt.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 2,2 Mrd.	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Mittel	0,5
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 2.737	0,5
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 2.185	0,5
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Aufsicht über die Agrarmarkt Austria (sozialpartnerschaftlich verwaltet), Bundesforste, Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft (BFW), AGES (mit Sozialministerium)	0,25
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	0,25
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): 2,1	0,5
Einfluss in der EU	Landwirtschafts- und Fischereirat, Gemeinsame Agrarpolitik, Europäischer Regionalfonds	1
Zugeordnete Rechtsmaterien	Landwirtschaftsgesetz, AMA-Gesetz, Vermarktungsnormengesetz, Marktordnungsgesetz	0,25
Relevanz-Score	Summe der Punkte	4,25

/ BMF Bundesministerium für Finanzen

Minister: Gernot Blümel (ÖVP)



Gernot Blümel, Chef der ÖVP Wien und enger Vertrauter von Sebastian Kurz, wird als Finanzminister die wichtigste Figur der Regierung nach dem Bundeskanzler und Vizekanzler. Wer am Geldhebel sitzt, hat Macht – die in der Vergangenheit auch genutzt wurde. Budgetzuteilungen, Genehmigungen für Ausgaben sowie Überweisungen an die Ressorts des Koalitionspartners werden da schon einmal vergessen oder aber sogar ganz offen bis zur letzten möglichen Minute blockiert. Je nachdem wie Gernot Blümel und seine KabinettsmitarbeiterInnen mit den Grünen umgehen, werden diese die Macht des „BMF“ schnell zu spüren bekommen.

MitarbeiterInnen des Finanzministeriums erstellen das Bundesbudget und nehmen die Steuern und Abgaben durch die Finanzämter ein, führen Betriebsprüfungen durch und bereiten Änderungen im Steuerrecht vor. Im Rahmen der Budgeterstellung übermittelt es Budgetentwürfe nach Brüssel und berechnet den Rahmen für zur Verfügung stehende Mehrausgaben. In Österreich ist der Finanzminister üblicherweise beliebt. Trotz einer schwächeren, aber nach wie vor wachsenden, Wirtschaft bleiben die Steuereinnahmen aktuell hoch, während die Zinskosten weiter sinken. Das lässt selbst nach den restriktiven EU-Budgetregeln 2020 Raum für Ausgaben und Investitionen in den Klimaschutz.

Problematischer könnte der politische Kompromiss zwischen „keine neuen Schulden“ und Ausgaben für Klimaschutz werden. Setzt eine Rezession aus Deutschland, China, den USA

oder Großbritannien kommend in Österreich ein, brechen die Steuereinnahmen ein und verlangen Steuererhöhungen, ein höheres Defizit oder Ausgabenkürzungen – und gegebenenfalls auch Maßnahmen für Konjunktur und Arbeitsmarkt. Des Weiteren drohen ab 2021 Ankäufe von CO₂-Emissionszertifikaten in dreistelliger Millionenhöhe, die zu 80% vom Bund getragen werden müssen. Eventuell noch nicht 2020, aber zumindest im Laufe der Legislaturperiode könnte dadurch ein grundsätzlicher Konflikt entstehen.

Auf europäischer Ebene ist der Finanzministerrat nach dem Europäischen Rat (Regierungschefs) der wichtigste. Der Finanzminister ist Teil der Eurogruppe, des ECOFIN (EU-Finanzministerrat) und verhandelt den EU-Budgetrahmen.

Ein personaltechnisch zusätzliches Ass im Ärmel des zukünftigen Finanzministers sind die in der ÖBAG gesammelten ausgegliederten Einheiten, die diesem Ministerium zugerechnet werden. Mehr- und Minderheitsanteile existieren bei Verbund, Post, Telekom, Casinos, OMV und Bundesimmobilien-gesellschaft.

Gemeinsam mit dem Beamtenminister Werner Kogler ist er zudem für das funktionierende Zusammenspiel der Reorganisation der Ministerien verantwortlich. Während Kogler die Planstellen-Liste kontrolliert (welches Ministerium hat wie viele Stellen und in welcher Gehaltshöhe), muss Blümel die Mittel dafür zur Verfügung stellen.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 17,9 Mrd.	1
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Hoch	1
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 11.986	1
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 31.419	1
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	ÖBAG (mit Verbund, Post, Casinos, OMV-Anteil, BIG), FMA, OeNB, uvm.	1
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	0,75
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): 1,2	0,5
Einfluss in der EU	ECOFIN-Rat, Eurogruppe	1
Zugeordnete Rechtsmaterien	Diverse Abgabenänderungsgesetze, Budgetbegleitgesetz	0,75
Relevanz-Score	Summe der Punkte	8

/ BMI Bundesministerium für Inneres

Minister: Karl Nehammer (ÖVP)



Als Bundesminister für Inneres ist der bisherige Generalsekretär der Volkspartei und Milizoffizier Karl Nehammer zuständig für die innere Sicherheit Österreichs als auch für die Bereiche Asyl und Migration. Er übernimmt nach einem kurzen blauen Intermezzo das jahrelang schwarz besetzte Innenministerium. Neben einer fortgesetzten strengen Anti-Migrationspolitik wird ein PR-Fokus auf eine „stramme Mitte-Rechts-Politik“ wohl zum Auftrag Nehammers gehören. Dennoch wird er sich auch mit Altlasten herumschlagen müssen wie beispielsweise die Aufarbeitung des BVT-Skandals.

Obwohl das Bundesministerium für Inneres über die zweitmeisten Beschäftigten verfügt, hat es ein relativ kleines (EUR 3,2 Mrd.) und zumeist bereits verplantes Budget. Über 70% der budgetierten Ausgaben für die innere Sicherheit geht an die Landespolizeidirektionen, die Personalkosten für Exekutivbedienstete und Sachkosten für Anlagen (z.B. Polizeistationen) umfassen. Der Rest des Budgets ist aufgeteilt auf andere bzw. speziellere Aktivitäten wie den Katastrophenschutz (8 Mio.) oder die Spezialeinheit Cobra (80 Mio.). Personaltechnisch steht in zwei Jahren die Bestellung der Landespolizeidirektoren an, bei denen sich Nehammer mit den Landeshauptleuten einigen muss.

In der Öffentlichkeit wird der strenge „Law and Order“-Kurs mehrheitlich positiv wahrgenommen, sorgt aber gerade in der grünen Wählerschaft regelmäßig für Kritik. Insbesondere die Zuständigkeit des Innenministers für Asyl- und Migrationsfragen könnte Konflikte auslösen, wenngleich die Zustimmung der ÖVP für einen teilweisen Abschiebestopp für Lehrlinge zumindest einen potentiellen Konflikt bereits den Wind aus den Segeln genommen hat. Budgetär hatte der Bereich Asyl & Migration im Jahr 2019 Mittel in der Höhe von EUR 370 Mio. veranschlagt. Davon flossen mehr als 160 Mio. an die Länder als Grundversorgung für AsylwerberInnen. Abseits der fremdenpolizeilichen Angelegenheiten liegt die Verantwortung für den Integrationsbereich aber im ebenfalls ÖVP-geführten Integrationsministerium.

Spannend wird sein, in wie weit sich die neue grüne Justizministerin als Spiegelressort und Gegenpol zum neuen Innenminister sieht, und wie viele der regierungsinternen Konflikte nach außen dringen werden.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 3,2 Mrd.	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Gering	0
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 37.201	1
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 0	0
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Besetzung Landespolizeidirektionen (gemeinsam mit Ländern), Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, BVT, Cobra, BK, etc..	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch	0,75
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): -12,8	0
Einfluss in der EU	Innenministerrat (u.a. Schengen)	0,5
Zugeordnete Rechtsmaterien	Vereinsgesetz, Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht, Staatsbürgerschaftsgesetz, Nationalrats-Wahlordnung, uvm.	1
Relevanz-Score	Summe der Punkte	4,5

/ BMLV Bundesministerium für Landesverteidigung

Ministerin: **Klaudia Tanner (ÖVP)**



Ein Novum der österreichischen Militärgeschichte: Zum ersten Mal wird das Bundesministerium für Landesverteidigung mit Klaudia Tanner von einer Frau geführt.

Obwohl das Verteidigungsministerium über die fünftmeisten Beschäftigten (21.899) verfügt, hat es ein dafür relativ kleines (2,3 Mrd.) und zumeist bereits fest verplantes zugewiesenes Budget. Fast alles – 96% der budgetierten Auszahlungen dieses Ministeriums – geht an das Personal bei den Streitkräften und den dazugehörigen Anlagen. Belastet ist das Ministerium seit Jahren mit der geringen Relevanz, die ihm vergangene Regierungen beigemessen haben – sowie wohl dadurch, dass die ÖVP wohl ihren Koalitionspartnern seit 2007 kein zusätzliches Budget und damit Erfolge in dem Bereich zugestehen wollte. Da Großkampffgerät und moderne Ausrüstung immer teuer ist, aber nur geringe Priorität bei den Wahlberechtigten genießt, spießt sich deren Anschaffung mit Budgetzielen und anderen Staatsausgaben. Ob das Nulldefizit oder die notwendigen Ausgaben für Verteidigung politisch Priorität haben werden, wird auch die Linie der Verteidigungsministerin bestimmen. Entweder sie wird als stille Verwalterin ohne großes mediales Aufsehen wahrgenommen, die potenzielle Probleme beschwichtigen muss, oder aber die unter Bundesheer-Angestellten populäre Kämpferin für mehr Budget. Die zweite Rolle nahmen zuletzt u.a. Hans-Peter

Doskozil sowie der Minister der Übergangsregierung ein. Einen Wettstreit um die härtere Anti-Migrationspolitik zwischen Verteidigungs- und Innenministerium wird es diesmal jedoch nicht geben – die dürfte der Kurz-Vertraute Karl Nehammer in Innenministerium hauptverantwortlich gepachtet haben.

Ohne Budgeterhöhungen wird die neue Ministerin also auch in der kommenden Legislaturperiode nicht viel an finanziellem Gestaltungsspielraum übrigbleiben. Allerdings gibt es eine andere Drehschraube, die etwas leichter betätigt werden kann: In der Vergangenheit konnte das Ministerium nicht all seine Planstellen besetzen, weswegen die Ministerin mit etwas Kreativität Gestaltungsspielraum bei Personalwünschen und -verschiebungen hat.

Katastrophenschutz- und Auslandseinsätze bieten der Verteidigungsministerin gelegentlich die Möglichkeit, Lorbeeren einzusammeln und die Bühne für sich/das Ministerium zu nützen. Die österreichische Neutralität inmitten der EU lässt die Verteidigungsministerin eines kleinen Landes jedoch international noch unwichtiger erscheinen. Die mittlerweile unaufschiebbare Entscheidung über eine Neuanschaffung von Kampfflugzeugen, sowie der noch immer nicht abschließend aufgearbeitete Eurofighter-Skandal, sind ein programmierter Zankapfel in der Koalition.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 2,29 Mrd.	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Sehr gering	0
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 21.899	1
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 0	0
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Besetzung von Generalstab, Kommandanten	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Mittel	0,5
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): 0,9	0,5
Einfluss in der EU	Rat für Auswärtige Angelegenheiten	0
Zugeordnete Rechtsmaterien	Zivildienstgesetz, Militärbefugnisgesetz, Auslandseinsatzgesetz	0,25
Relevanz-Score	Summe der Punkte	3,5

/BMVRDJ Bundesministerium für Justiz

Ministerin: Alma Zadic (Grüne)



Die Justizministerin ist zuständig für die Staatsanwaltschaft, die unabhängigen Gerichte und die Justizanstalten und bereitet Änderungen der größten Rechtsmaterien des Landes vor.

Personaltechnisch kommt ihr die Aufgabe zu, RichterInnen und DirektorInnen der Vollzugsanstalten (Gefängnisse) einzusetzen. Auch dieses Ministerium beschäftigt viele Personen und verfügt über wenig Budget (1,6 Mrd.), wobei der Großteil der budgetären Mittel für die Oberlandesgerichte reserviert und dadurch langfristig gebunden ist. Wenig Spielraum gibt es auch beim Thema Strafvollzug, da die Mittel der Justizanstalten nicht einfach gekürzt werden können.

Das Justizministerium ist keines, bei der die AmtsinhaberInnen automatisch zu Bekanntheit gelangt. In der Vergangenheit wurde das Ministerium immer wieder mit parteilosen (relativ unabhängigen) ExpertInnen besetzt, die sich PR-mäßig nach außen zurückhielten und eher als Ruhepol bei koalitionsinternem Streit wirkten. Die Kompetenz des Ministeriums liegt in der Regelung von Rechtsmaterien, die gesellschaftspolitische Relevanz haben und auch von Boulevardmedien Beachtung finden. In der jüngeren Vergangenheit beliebt waren unter schwarzen Justizministern anlassbezogene Ankündigungen von Verschärfungen im (Sexual-)Strafrecht.

Wenig beachtet, aber regierungsintern wichtig ist auch der Verfassungsdienst, der nicht nur Änderungen im Bundesministeriengesetz (welcher Minister ist wofür zuständig), Datenschutzrecht sowie Vergaberecht entwirft. Als Erstgutachter zur Frage, ob und in welcher Form Gesetze von Bund und Ländern mit der Verfassung der Republik vereinbar sind kommt ihm in einem föderalen Staat eine nicht unwichtige Position zu.

Als Spiegelressort des Innenministeriums, das dessen Politik im koalitionsinternen Gefüge seitens der Grünen „kontrolliert“, wird sich gut erkennen lassen, wie konfrontativ sich die Grünen zur Migrationspolitik des Koalitionspartners positionieren. Unabhängig davon ist für Sprengstoff im Justizbereich jedenfalls gesorgt. Eine engagierte grüne Ministerin wird sich nicht immer der Law-and-Order-Linie der ÖVP anschließen wollen, und stattdessen liberal orientierte Reformen bei wichtigen Gesetzen anstoßen. Unter anderem der im Innenministerium angesiedelte BVT-Skandal, die Vorgänge rund um HC Strache, sowie (noch immer) die Eurofighter bleiben als nicht ganz leicht zu manövrierende Altlasten für die Justizministerin übrig. Eventuell notwendige Einstellungen in diesen Verfahren kommen beim grünen Publikum sicherlich nicht gut an.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 1,6 Mrd.	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Sehr gering	0
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 11.900	1
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 530	0,25
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Führungspersonal Justizbetreuungsagentur, Richterstellen (Vorschläge)	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Gering	0,25
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): 4,1	0,5
Einfluss in der EU	Justizministerrat (z.B. Datenschutz, Geldwäsche, Grundrechte)	0,5
Zugeordnete Rechtsmaterien	Straf- und Zivilrecht (ABGB, SGB), Konsumentenschutzgesetz	1
Relevanz-Score	Summe der Punkte	4,75

/ BMÖDS Vizekanzleramt und Bundesministerium für Öffentlichen Dienst, Sport und Kultur

Minister: Werner Kogler (Grüne), Staatssekretärin: Ulrike Lunacek (Grüne)



Der neue Vizekanzler Werner Kogler übernimmt das alte Vizekanzleramt von Heinz-Christian Strache um die Kulturagenden ergänzt, für die Ulrike Lunacek als Staatssekretärin verantwortlich sein soll. Das kleine Ministerium lässt sich so gut mit dem Amt des Parteichefs und Vizekanzlers vereinbaren. Als Chef der Grünen ist Werner Kogler gemeinsam mit dem Finanzminister der mächtigste Mann der Regierung nach dem Kanzler. Er ist zuständig für den Personalplan des Bundes und bestimmt somit, wie viele Planstellen ein Ministerium erhält. Gemeinsam mit dem Finanzminister, der das Geld für Planstellen genehmigen muss, sitzt er regierungsintern am mächtigsten Hebel für die Struktur des Staatsapparats des Bundes. Zusätzlich führt der Steirer in Zukunft federführend die Verhandlungen über die Gehälter der Bundesangestellten auf Arbeitgeberseite, welche oft als Maßstab für die Verhandlungen auf Landesebene wirken. Als Mitgestalter der dienstrechtlichen Rahmenbedingungen kann er außerdem fortschrittliche Forderungen der Grünen im Bundes-Dienstrecht verankern, die oft in der Privatwirtschaft übernommen werden. Vergangene Minister haben dies mit Papa-Monat und Einführung von Einkommensberichten für Gehaltstransparenz nutzen können.

In seinem Job als Sportminister wird sich Kogler an seine Jugendzeit bei Sturm Graz erinnern fühlen und in Zukunft

wohl regelmäßig auf Sportveranstaltungen blicken lassen – Fernsehübertragungen und positive Publicity inklusive. Das im Vergleich zu anderen Ministerien eher unbedeutende Budget für den Sport beläuft sich auf zirka € 130 Mio. wobei zirka € 80 Mio. fix an die Bundes-Sportförderung fließen. Spielraum findet sich eher in den restlichen € 50 Mio., die zwar auch teils in mehrjährigen Verträgen gebunden sind, aber ein wenig Gestaltungsspielraum zulassen. Ob und wie gut er sich dabei gegen die mächtigen Sportverbände durchsetzen kann oder will, bleibt abzuwarten.

Ulrike Lunacek wird Staatssekretärin für den Bereich Kunst & Kultur. Sie verfügt mit EUR 455 Mio. und 300 Angestellten über ein kleines Ressort, dessen Budget zu zwei Drittel für bestehende Kultureinrichtungen gebunden ist. Bundestheater (Personal: 2377) und Bundesmuseen (Personal: 1702) sind ausgegliederte Einheiten, die 80% ihrer Mittel aus Bundes-Subventionen beziehen. Einige Direktorenbestellungen hat der alte und neue Außenminister Schallenberg vor Weihnachten schon erledigt, etwa mit der nö. ÖVP-Landesrätin Petra Bohuslav als kaufmännische Chefin der Staatsoper. Im Kampf zwischen großen Institutionen und kleinen Kunstinitiativen muss Lunacek Gewinner und Verlierer wählen – kein Job, bei dem man sich nur Freunde macht. Gleichzeitig ist der Kulturbereich nur wenig breitenwirksam.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 620 Mio.	0,25
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Gering	0,25
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 530	0,25
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 4.332	0,5
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Spitzenpersonal der Bundessporteinrichtungen und der Nationalen Anti-Doping Agentur, Bundesverwaltungsakademie; Bundesmuseen und -theater, BDA, ÖNB, Film Institute	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Hoch (Vizekanzler)	1
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): nicht verfügbar, Annahme stattdessen	0,5
Einfluss in der EU	Vertretung des Bundeskanzlers, Sportministerrat. Kulturministerrat mit eingeschränkter Kompetenz.	0,25
Zugeordnete Rechtsmaterien	Bundesministeriengesetz, Bundessportförderungsgesetz, Beamten- und Vertragsbediensteten-Dienstrechtsgesetz, Vergabegesetz, Gleichbehandlungsgesetz, Ausschreibungsgesetz, Bezügegesetz; Bundesmuseen- und Bundestheatergesetz. Kunst- u. Filmförderung.	0,5
Relevanz-Score	Summe der Punkte	4

/BMAFJ Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend

Ministerin: Christine Aschbacher (ÖVP)



Auch für die Steiermark konnte im Abschluss der ÖVP-internen Aufteilung der Ministerämter ein Ressort geschaffen werden. Mit dem Arbeits- und Familienbereich ist dieses budget- und personalmäßig im Mittelfeld anzusiedeln. Ein „angenehmer“ Nebeneffekt davon ist, dass die Materie Arbeit damit nicht dem Wirtschaftsministerium zugeschlagen wird. Ob die nicht aus dem ArbeitnehmerInnenbund ÖAAB stammende Ministerin aber ein wirksames Gegengewicht zu den Interessen der Wirtschaftskammer im Arbeitsbereich sein wird können, bleibt abzuwarten.

Als Arbeitsministerin könnte sich die weithin noch unbekannte Steirerin für steigende Arbeitslosenzahlen rechtfertigen müssen, muss aber bis zu neuen Budgetverhandlungen mit einem unter Schwarz-Blau II gekürzten Arbeitsmarktförderbudget auskommen. Zur Not kann man sich aber zurückziehen und die AMS-Vorstände bei unangenehmen Arbeitsmarktthemen sprechen lassen. Mit einer Mehrheit im Verwaltungsrat des AMS kann Türkis seine Arbeitsmarktpolitik größtenteils durchziehen und das Fördergeld des AMS weg von gewerkschaftlichen Interessen

(z.B. Ausbildung im Rahmen des Fachkräftestipendiums) hin zu Unternehmensinteressen (Eingliederungsbeihilfe) lenken. 2020 wird der viel kritisierte AMS-Algorithmus seine Arbeit aufnehmen, auf dessen Basis AMS-MitarbeiterInnen Entscheidungen treffen werden – ein politisches Risiko, das aber vielleicht auch auf den AMS-Vorstand abgewälzt werden kann. Viel wird davon abhängen, ob und wie aktiv sich **der grüne Sozialminister** trotz formeller Nicht-Zuständigkeit zu Wort melden wird. Legistisch sind außerdem mit dem Arbeitszeitrecht (Beibehaltung des „12-Stunden-Tags“) und Arbeitslosenversicherungsrecht (Arbeitslosengeld & Notstandshilfe) große Brocken im Ressort angesiedelt.

Als Familienministerin erhält Christine Aschbacher mit dem Familienausgleichsfonds (FLAF), der die Familienbeihilfe ausbezahlt, ein finanziell großes, aber überschuldetes Vehikel. Der Großteil der Mittel im Familienbereich (7,1 Mrd.) ist so gesetzlich an den FLAF gebunden, allerdings ist etwas budgetärer Spielraum vorhanden, um zusätzlich konservative Familien- und Jugendpolitik zu machen.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 15,43 Mrd.	1
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Mittel	0,5
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: 520	0,25
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 5.467	0,5
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Spitzenpersonal des AMS, Insolvenz-Entgelt-Fonds	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Mittel	0,5
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): nicht verfügbar, Annahme: Indexwert SozialministerIn	0,5
Einfluss in der EU	Rat für Beschäftigung	0,25
Zugeordnete Rechtsmaterien	Arbeitszeitgesetz, Urlaubsgesetz, Arbeitsmarktförderungsgesetz, Arbeitsmarktservicegesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz, Familienberatungsförderungsgesetz, FLAF-Gesetz	0,75
Relevanz-Score	Summe der Punkte	5

/ Bundesministerium für Integration und Frauen

Ministerin: **Susanne Raab (ÖVP)**



Die „Herausforderungen in der Integrationsfrage“ lösen und die „konsequente Linien im Kampf gegen Parallelgesellschaften und den politischen Islam fortsetzen“ soll Integrationsministerin Susanne Raab im eigens geschaffenen Integrationsministerium. Mit der Zweitrolle als Frauenministerin ist das budgetär kleinste Ressort eine Kombination aus zwei finanziell und personell gering ausgestatteten Ressorts.

Zweifelloos kann Integration als Querschnittsmaterie verstanden werden. Wegen des voraussichtlichen Budgets von lediglich 50 Mio. Euro und einer nur zweistelligen Zahl an MitarbeiterInnen geht es hier wohl vor allem um Symbolpolitik bzw. um das Markieren einer klaren Kante nach rechts.

Für Integrationsbemühungen in den Bereichen Arbeits-

markt und Bildung sind die jeweiligen Ministerien zuständig, für den Vollzug des Fremdenwesens das Innenministerium.

Negativ zu bewerten ist, dass das Frauenministerium nicht Teil eines größeren Ressorts geworden ist, weil es für die Umsetzung von Projekten mehr als die veranschlagten 10 Mio. Euro aus 2019 benötigt. In größeren Ressorts sind Mittel leichter umzuschichten. Das vorhandene Budget ist zudem teilweise in Frauenberatungszentren gebunden, wodurch in der Vergangenheit sogar die Finanzierung von wissenschaftlichen Studien zum Problem wurde. Auch in Frauenbelangen wird sich die Ministerin größtenteils auf Symbolpolitik konzentrieren müssen. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Ministerin ihre frauenpolitische Rolle überhaupt in den Vordergrund rückt.

Kategorien der Macht	Teilindex/Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: € 100 Mio.	0
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): Gering	0,25
Personal	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: rund 70	0
	Beschäftigte in den Ausgliederungen: 0	0
Ausgegliederte/ Nachgelagerte Einheiten	Österreichischer Integrationsfonds	0,25
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Gering	0,25
Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Vertrauensindex Durchschnitt (OGM, vergangene zehn Jahre): nicht verfügbar, daher Schätzung	0,5
Einfluss in der EU		0,25
Zugeordnete Rechtsmaterien	Islamgesetz, Integrationsgesetz	0,25
Relevanz-Score	Summe der Punkte	1,75

/ Methodik

Der „Power-Index“ des Momentum Instituts vergibt pro Ministerium zwischen 0 und 9 Punkten, um die „Gestaltungsmacht“ jeder künftigen MinisterIn einzuschätzen. Er besteht aus insgesamt neun Teilindikatoren, die jeweils 0-1 Punkte geben:

1. Budget des Ministeriums (laut Bundesvoranschlag 2019)
2. Frei verfügbares Budget (Budget, das nicht für Gehälter von Angestellten oder fest vergebene Mittel aufgewendet werden muss)
3. Personal im Ministerium selbst sowie in nachgelagerten Dienststellen (z.B. Polizei, Bundesschulen, Universitäten)
4. Beschäftigte in ausgegliederten Einheiten/Unternehmen (z.B. ÖBB, ASFINAG, ÖBAG, usw.)
5. Einfluss auf die strategische Ausrichtung und Führungspersonal bei Ausgliederungen
6. Öffentliche Aufmerksamkeit
7. Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen (OGM Vertrauensindex der letzten 10 Jahre)
8. Einfluss in der EU
9. Zugeordnete Rechtsmaterien (welches Ministerium entwirft Änderungen in welchen Gesetzen, und wie bedeutend sind diese)

Die Punktevergabe in den Kategorien 1,3,4,7 erfolgt auf Basis objektiv nachvollziehbarer Kriterien (z.B. Anzahl der Beschäftigten 2019), während für die Kategorien 2,5,6,8,9 größtenteils eine subjektive Bewertung notwendig war. Für die Einschätzung der subjektiven Kategorien wurden über 15 Hintergrundgespräche mit ExpertInnen aus den einzelnen Bereichen geführt. Die Punktevergabe erfolgte durch MitarbeiterInnen des Momentum Instituts. Eine genauere Auflistung bieten die zwei untenstehenden Tabellen).

Tabelle: Details zu den 9 Teil-Indikatoren des Momentum Institut „Relevanz-Score“

Kategorien der Macht	Kriterium	Mögliche Punkte
1. Budget Teilindex 1	Auszahlungen der Bundesministerien laut Bundesvoranschlag 2019: Punktevergabe erfolgt nach Höhe der Budgets (siehe linke Tabelle unten)	0-1
2. Budget Teilindex 2	Frei verfügbares Budget (ExpertInnen-Einschätzung): Gering bis Hoch	0-1
3. Personal Teilindex 1 (Ministerium und nachgelagerte Dienststellen)	Beschäftigte im Ministerium und nachgeordneten Dienststellen: Punktevergabe erfolgt nach Anzahl der Beschäftigten (siehe mittlere Tabelle unten)	0-1
4. Personal Teilindex 2 (Ausgegliederte Einheiten/Unternehmen)	Beschäftigte in den Ausgliederungen Punktevergabe erfolgt nach Anzahl der Beschäftigten (siehe rechte Tabelle unten)	0-1
5. Einfluss auf Strategie und Personal der Ausgliederungen	Subjektive Einschätzung mit Hilfe von ExpertInnen-Interviews	0-1
6. Öffentliche Aufmerksamkeit	Subjektive Einschätzung mit Hilfe von ExpertInnen-Interviews	0-1
7. Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen	Auf Basis des OGM-Vertrauensindex: Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre soweit online verfügbar. Falls das Ministerium so nicht existiert hat: Annahme eines Werts von 0,5	0-1
8. Einfluss in der EU	Subjektive Einschätzung mit Hilfe von ExpertInnen-Interviews sowie auf Basis von Teilnahmen am Rat der Europäischen Union und europäischer Kompetenzen im Themenbereich des Ministeriums	0-1
9. Zugeordnete Rechtsmaterien	Subjektive Einschätzung auf Basis bedeutender Gesetze, für die das jeweilige Ministerium die Entwurfskompetenz hat	0-1
Relevanz-Score	Summe der Punkte	0-9

Für die subjektive Einschätzung der Kategorien wurden Hintergrundgespräche mit über 15 ExpertInnen aus den einzelnen Bereichen geführt. Die abschließende Punktevergabe erfolgte durch MitarbeiterInnen des Momentum Instituts.

Tabelle: Umwandlung von Budget und Beschäftigten in Macht-Punkte

Budget (Auszahlungen nach Voranschlag 2019) Kriterium		Beschäftigte im Ministerium und nachgelagerten Einheiten	
Bewertung	Höhe des Budgets	Bewertung	Beschäftigte
Punkte von 0 bis 1	in Mrd. Euro	Punkte von 0 bis 1	Anzahl
0	unter 0,5	0	0-500
0,25	0,5 bis unter 1	0,25	501-1000
0,5	1 bis 5	0,5	1.001-10.000
1	über 5	1	>10.000

Beschäftigte in ausgegliederten Einheiten	
Bewertung	Beschäftigte
Punkte von 0 bis 1	Anzahl
0	0-500
0,25	501-1000
0,5	1.001-10.000
1	>10.000

/ AutorInnen und Konktakt

Oliver Picek, Anna Hehenberger, Lisa Hanzl, Dominik Gries, Barbara Blaha, Leonhard Dobusch.

Stand: 2. Jänner 2020

/ Momentum Institut

Märzstraße 42/1,
1150 Wien, Österreich

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at

